

Globalisierung

Quelle: http://www.greenpeace.de/themen/umwelt_wirtschaft/globalisierung/artikel/globalisierung/; Stand: 09.11.2005

Greenpeace steht für die Vision von einer Welt, in der die natürlichen Ressourcen nachhaltig bewirtschaftet und gerecht verteilt werden. In der keinem Menschen der Zugang zu existenziell notwendigen Gütern verwehrt wird. In der der Konsum nicht das Maß aller Dinge ist und in der Produktion und Handel nicht dem Shareholder-Value, sondern dem Wohl der Menschen dienen.

Globalisierung ist kein neues Phänomen. Globalisierung ist ein neuer Begriff für eine Entwicklung, die aus europäischer Sicht mit dem Finden, Beschreiten und Befahren neuer Handelswege durch Marco Polo und die portugiesischen Seefahrer begann. Doch die Prozesse, die heute als Globalisierung bezeichnet werden, finden unter deutlich anderen politischen, ökonomischen und technologischen Rahmenbedingungen und mit einer deutlich höheren Geschwindigkeit als zu Zeiten der Seefahrer und Entdecker statt.

Globalisierung baut auf Freihandel auf. Sie strebt den Vorrang der Wirtschaft vor Politik, sozialen Aspekten, Kultur und Umwelt an. Die Erhaltung der Umwelt für die folgenden Generationen wird der wirtschaftlichen Entwicklung untergeordnet. Die Folgen sind: Kahlschlag in den letzten Urwäldern der Erde, Leerfischen der Meere, Verödung von Landschaften, globale Klimaerwärmung durch hemmungsloses Verbrennen fossiler Energieträger, Patentierung von Leben, Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen ungeachtet schädlicher Folgen sowie von Konzernen abhängige Bauern. Am schlimmsten trifft das die Länder der so genannten Dritten Welt. Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich immer weiter.

Diese Entwicklung ist mit den Grundprinzipien von Greenpeace nicht vereinbar. Als internationale Umweltschutzorganisation arbeitet Greenpeace weltweit für den Erhalt der natürlichen Ressourcen und der Artenvielfalt sowie für eine nachhaltige und sozial gerechte Wirtschafts- und Unternehmenspolitik. Das bedeutet auch: denjenigen eine Stimme zu verleihen, die keine Lobby haben, wie zum Beispiel indigenen Völkern.

Greenpeace kritisiert die Verlagerung der Entscheidungskompetenz von lokalen und nationalen auf internationale Institutionen. Das betrifft vor allem den Internationalen Währungsfonds (IWF) und die Weltbank, die Kredite und Darlehen an die Entwicklungsländer vergeben, und die Welthandelsorganisation (WTO), die globale Handelsregeln festsetzt. Sie üben Macht aus, ohne ausreichend demokratisch kontrolliert zu werden.

Diese Entwicklung muss korrigiert, eine direkte Kontrolle im Rahmen der Vereinten Nationen sichergestellt werden. Außerdem müssen die wichtigsten Akteure der Globalisierung - transnationale Konzerne und Firmennetze, die rund um den Globus aktiv sind - von der Politik zu umwelt- und sozialverträglichem Handeln verpflichtet werden.

Globalisierung muss nicht negativ sein. So dienen globale Abkommen dem Umweltschutz, ermöglicht globale Kommunikation den Erfahrungsaustausch und schnellere Hilfe. Doch das reicht nicht. Greenpeace fordert, dass

- die Politik auf Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit ausgerichtet wird
- die Regeln des Welthandels grundlegend umgestaltet werden: Sie müssen auf demokratischen Entscheidungsstrukturen basieren und transparent sein, die Armut beseitigen, den Umweltschutz fördern, eine gesunde Umwelt langfristig ermöglichen sowie umweltfreundliche und nachhaltige Produktionsweisen und Konsummuster unterstützen
- die Industrieländer die Rechnungen für ihre Umweltsünden in den ärmeren Ländern begleichen
- das Umweltprogramm der Vereinten Nationen zu einer UN-Umweltorganisation ausgebaut wird
- das Vorsorge- und das Verursacherprinzip in den internationalen Abkommen und Handelsregeln verankert werden
- Gemeinschaftsgüter wie Boden, Wasser, Luft, Klima, Wälder, Meere und biologische Vielfalt - die Lebensgrundlagen aller Menschen - national wie international geschützt werden
- Unternehmen für die Folgen ihrer Investitionen und Aktivitäten haftbar gemacht werden.